

Was die Verantwortlichen zur Kritik an der integrativen Schule sagen

Integration in der Volksschule Kleinere Klassen, mehr Ressourcen, Kleinklassen: Die Forderungen an die Politik und die Ausbildungsstätten für Lehrpersonen sind vielfältig. Diese relativieren.

Tages-Anzeiger, 9.5.2023

Sibylle Saxer

Hyperaktiv, sehbehindert, mit einer Autismus-Diagnose, auf einen Rollstuhl angewiesen: Seit 2008 werden möglichst alle Kinder im Kanton Zürich in einer Regelklasse unterrichtet. Dies vor dem Hintergrund, dass Kinder mit besonderen Bedürfnissen die gleichen Ausbildungsmöglichkeiten erhalten sollen wie alle anderen.

2005, als über die entsprechende Volksschulreform abgestimmt wurde, war die Zustimmung mit mehr als 70 Prozent gross. Auch wissenschaftlich ist erwiesen, dass Kinder mit besonderen Bedürfnissen, die eine Regelschule besuchen, deutlich bessere Leistungen zeigen – und die anderen Kinder keinen Nachteil erleiden.

Dennoch mehrte sich die Kritik. Die Klassen seien zu gross, die Lehrkräfte überfordert. Der Appell an die Politik, das Volksschulamt und die Ausbildungsstätten für Lehrkräfte ist klar: Schafft Entlastung – durch das Bereitstellen von mehr Ressourcen, die Verkleinerung von Klassen, das Institutionalisieren von Time-out-Angeboten, eine adäquatere Ausbildung. Wie nehmen die Exponenten der genannten Institutionen den Ruf nach einer Reform der Reform entgegen?

— **Myriam Ziegler, Leiterin des Volksschulamts**
Myriam Ziegler, Leiterin des Zürcher Volksschulamts, räumt ein, der Wechsel von zahlreichen verschiedenen Kleinklassen zur Integration in die Regelklassen sei eine grosse Herausforderung gewesen und je nach Schule unterschiedlich weit fortgeschritten. «Insgesamt ist der Wandel aber gut gelungen.» Rund 4500 Schülerinnen und Schüler, die früher eine Kleinklasse besucht hätten, können laut Ziegler «zusammen mit ihren Freundinnen und Freunden in ihrer Umgebung in der Regelklasse gefördert werden» – das entspreche der Hälfte der Sonderschülerinnen und -schüler. «Das weist auf eine grosse Leistung der Volksschule hin.»

Handlungsbedarf sieht sie allerdings durchaus. So stellt sie zum Beispiel fest, dass die Zusammenarbeit zwischen Regelklassenlehrpersonen und sonderpädagogischen Fachpersonen teilweise noch mehr belastend sei. Das müsse sich ändern. Zudem spricht sie sich dafür aus, dass Förderangebote vor Ort flexibler eingesetzt werden können. «Es zeigt sich, dass Schulen, die ihre Förderkationen nicht gleichmässig auf alle Klassen verteilen, sondern flexibel einsetzen, tragfähiger sind.»

In kleineren Klassengrössen sieht Myriam Ziegler hingegen keinen Lösungsansatz. Erstens sei die Klassengrösse nur einer von verschiedenen möglicherweise belastenden Faktoren. Zweitens habe der Kanton Zürich 2014 die Klassengrösseninitiati-



Die Klassen sind heterogener geworden, die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler vielfältiger seit der Volksschulreform, die der Kanton Zürich 2005 beschlossen hat. Foto: Ennio Leanza (Keystone)



Myriam Ziegler.
Foto: Alexandra Wey (Keystone)



Reto Luder (links) und André Kunz. Foto: Sabine Rock



Christoph Suter.
Foto: PD



Carmen Marty Fässler.
Foto: André Springer

ve mit 65 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Diese sah eine maximale Klassengrösse von 20 Schülerinnen und Schülern vor.

— **Reto Luder und André Kunz, Pädagogische Hochschule Zürich**
Auf die Frage, inwieweit die Lehrkräfte durch den integrativen Unterricht überfordert seien, holt Reto Luder, Dozent der Pädagogischen Hochschule Zürich (PHZH) und Co-Leiter des Forschungszentrums für Inklusion und Gesundheit in der Schule, zuerst einmal aus: «Mich stört etwas, wie das allgemein verbreitete Narrativ über Integration gestrickt ist.» Es heisse oft, die Integration bringe viele neue Aufgaben mit sich. «Das stimmt so nicht, diese Aufgaben gab es schon immer. Aber die Herangehensweise war eine andere.»

Früher sei das Vorgehen selektiv und separativ gewesen, es seien homogene Gruppen aus sehbehinderten, motorisch oder kognitiv eingeschränkten und den sogenannten normalen Kindern gebildet worden. «Es hat sich gezeigt, dass das viele Nachteile mit sich bringt», sagt Luders Kollege André Kunz, Dozent und Professor für Sonder-

pädagogik an der PHZH. «Die integrative Schule, das zeigen Studien aus 30 Jahren Forschung klar, führt dazu, dass Kinder mit besonderen Bedürfnissen mehr lernen, die besseren Jobs finden und sozial weniger benachteiligt sind.»

Beide räumen jedoch ein, dass der Systemwechsel von der separativen zur integrativen Schule Herausforderungen mit sich gebracht hat. «Namentlich die Belastungssituation der Lehrpersonen müssen wir ernst nehmen», sagt Kunz. Den Vorwurf, den insbesonderen Dozenten aber nicht gelten. «Inklusive Bildung und Integration werden heute in der Ausbildung zur Lehrerin oder zum Lehrer auf jeder Schulstufe thematisiert.»

«Aber wir können nicht alles auf Vorrat vermitteln», fügt Luder hinzu, «also wie mit Kindern mit Cerebralparese, mit Sehbehinderung, mit einer Autismus-Spektrum-Störung umzugehen ist.» Wenn eine Lehrperson dann aber ein Kind mit Cerebralparese in der Klasse habe, sei es ent-

scheidend, dass sie sich gezielt in diesem Bereich weiterbilde.

— **Christoph Suter, Hochschule für Heilpädagogik**
Christoph Suter ist Professor an der Hochschule für Heilpädagogik (HFH), Inklusion – wie die Integration auch bezeichnet wird – ist eines seiner Spezialgebiete. Er sagt: «Die Inklusion war von den Schulen gewollt, dennoch verstehe ich, dass die Lehrkräfte unzufrieden sind. Denn man hat das System gewechselt, steht aber bei der Umsetzung erst auf halbem Weg.» Suter stellt eine generelle Handlungsunfähigkeit fest. «Alle – Lehrpersonen, Wissenschaft, Politik – wissen um die unbefriedigende Ausgestaltung der gewünschten Inklusion. Aber niemand kann einfach eine Lösung anbieten.»

Der HFH-Dozent sagt, im Moment gelte es, sich daran festzuhalten, was funktioniere. Er regt dazu an, über den Tellerrand hinauszusehen. «In Norwegen, Kanada, Schottland funktioniert Inklusion schon ganz anders als bei uns.» Dort sei es selbstverständlich, dass auch Kinder mit Mehrfachbehinderung mit der nötigen Unterstützung in die Regelschule gingen. «Ich war sehr erstaunt, dass in einer

Schule ein Mädchen mit Trisomie 21 Klassensprecherin war – notabene in einer Regelklasse.»

Damit das möglich werde, sei ein Umdenken nötig. «In der Regel überlegen sich Lehrpersonen zuerst, wie sie ein bestimmtes Thema vermitteln wollen, und erst in einem zweiten Schritt, wie alle Schülerinnen und Schüler mit einbezogen werden könnten. «Bei einem inklusiven Ansatz muss es aber umgekehrt sein.»

Für Suter ist aber auch klar: «Wenn die Inklusion priorisiert wird, braucht es an anderen Orten Kompromisse.» Dabei denkt er nicht an kleinere Klassen, sondern eine Veränderung des Unterrichts. «Die Art und Weise, wie Lernfortschritte geprüft und beurteilt werden, müsste zum Beispiel meines Erachtens dringend überdacht werden.»

— **Carmen Marty Fässler, Kantonsrätin (SP) und Primarlehrerin**
Die Adliswiler Stadträtin und Kantonsrätin Carmen Marty Fässler (SP) ist Mitglied der kantonsrätlichen Kommission für Bildung und Kultur und ausgebildete Primarlehrerin. Sie hat verschiedene Kinder mit besonderen Bedürfnissen integriert

«Wir Politikerinnen und Politiker müssen den Blick auf langfristige Lösungen richten.»

Carmen Marty Fässler
Kantonsrätin (SP) und Primarlehrerin

beschult. Unter anderem ab 2006 eines der ersten Kinder im Kanton. «Es war sehr intensiv, und wir hatten anfangs keine Ahnung, ob es machbar wäre. Aber es hat sich als wertvolle und gute Erfahrung herausgestellt – für das betroffene Kind, die ganze Klasse, aber auch für uns Lehrkräfte und die Eltern.» Das habe sie über die Jahre immer wieder festgestellt. Sie ist darum überzeugt: Inklusion ist nicht nur der gesetzlich vorgeschriebene, sondern auch der richtige Weg.

So positiv ihre eigenen Erfahrungen auch waren: Carmen Marty weiss, dass es längst nicht immer reibungslos läuft. Und sie findet es gut, dass Lehrpersonen, Schulleiter und Erziehungsberechtigte die Politik auffordern, für Verbesserungen zu sorgen. «Wir Politikerinnen und Politiker müssen den Blick auf langfristige Lösungen richten.» Eine solche sei der Wechsel vom separativen zum integrativen System, der vor 15 Jahren angestossen, aber noch immer nicht abgeschlossen sei. «Solche Prozesse dauern lange. Aber wir müssen auch kurz- und mittelfristige Lösungen ermöglichen, die Entlastung bringen.»

Zum einen gehe es darum, dass den Schulen genügend Ressourcen zur Verfügung stünden, personell und finanziell. Manchmal reiche es vielleicht, eine Situation mit Schulasstiszenzen oder einer Art Time-out-Angebot zu entspannen. Dabei plädiert sie für eine Flexibilisierung des Systems: «Es gibt keine Patentlösung, sondern es geht darum, in jedem individuellen Fall genau zu schauen, was es zum Funktionieren braucht.»

Auch Weiterbildungen und Coachings für Lehrpersonen seien entscheidend. «Damit sie für einen bestimmten Fall konkrete Hilfe bekommen können.» Und auch in Bezug auf Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen sieht Carmen Marty die Politik in der Pflicht: «Es braucht dringend Ausbildungsplätze, an denen die Lernenden mehr Zeit haben und eng begleitet werden.»